

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

242 (16.10.1918)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Posthalter monatl. 1.30 M., 1/2jähr. 3.60 M., zugestellt durch unsere Träger 1.30 bezw. 3.96 M.; durch die Post 1.34 M. bezw. 4.02 M.; durch die Zeitpost 1.35 M. bezw. 3.90 M., voran zahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags: Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spall. Kolonelleile od. deren Raum 20 J. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß der Annahme 1/2 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Wilson's Antwort auf das Räumungsangebot.

Washington, 14. Okt. (Reuter.) Antwort Wilson's auf die deutsche Note vom 12. Oktober. Der Staatssekretär Lansing hat heute nachmittag dem interimistischen Geschäftsträger der Schweiz und Vertreter der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten folgende Note bekannt gegeben:

Staatsdepartement, 14. Oktober. Mein Herr! In Beantwortung der Mitteilung der deutschen Regierung vom 12. Oktober, welche Sie mir heute übergeben haben, habe ich die Ehre, Sie um die Uebermittlung folgender Antwort zu ersuchen:

Die uneingeschränkte Annahme der von dem Präsidenten in seiner Botschaft an den Kongress der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und in seinen folgenden Botschaften niedergelegten Bedingungen von Seiten der jetzigen deutschen Regierung und einer großen Mehrheit des deutschen Reichstags berechtigen den Präsidenten, eine offene und direkte Erklärung seines Entschlusses hinsichtlich der Mitteilungen der deutschen Regierung vom 5. und 12. Oktober 1918 abzugeben. Es muß Klarheit darüber bestehen, daß die Durchführung der Räumung und die Bedingungen eines Waffenstillstandes Angelegenheiten sind, die dem Urteil und dem Rat der militärischen Berater der Regierung der Vereinigten Staaten und den alliierten Regierungen überlassen werden müssen, und der Präsident fühlt sich verpflichtet, zu erklären, daß keine Regelung von der Regierung der Vereinigten Staaten angenommen werden kann, die nicht völlig befriedigende Sicherheiten und Bürgschaften für die Fortdauer der gegenwärtigen militärischen Ueberlegenheit der Armeen der Vereinigten Staaten und der Alliierten an der Front schaffen. Er hat das Vertrauen, daß er als sicher annehmen kann, daß dies auch das Urteil und die Entscheidung der alliierten Regierungen sein wird.

Der Präsident hält es auch für seine Pflicht, hinzuzufügen, daß weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch er dessen Name sicher ist, daß die Regierungen, mit denen die Vereinigten Staaten als Kriegsführende assoziiert sind, einwilligen werden, einen Waffenstillstand in Erwägung zu ziehen, solange die Streitkräfte Deutschlands fortfahren, die ungeseligen und un-menschlichen Praktiken auszuüben, bei denen sie noch verharren. Zu derselben Zeit, wo die deutsche Regierung an die Vereinigten Staaten mit Friedensvorschlägen herantritt, sind ihre U-Boote damit beschäftigt, auf der See Passagierschiffe zu versenken und nicht nur die Schiffe, sondern auch die Boote, in denen die Passagiere und Besatzungen verharren, sich in Sicherheit zu bringen. Die deutschen Armeen schlagen bei ihrem jetzigen erzwungenen Rückzuge aus Flandern und Frankreich einen Weg zur willkürlichen Zerstörung ein, der immer als direkte Verletzung der Regeln und Gebräuche der zivilisierten Kriegsführung betrachtet wurde. Städte und Dörfer, wenn sie nicht zerstört sind, sind von allem, was sie enthalten, oft sogar ihrer Einwohner beraubt.

Es kann nicht erwartet werden, daß die gegen Deutschland assoziierten Nationen einem Waffenstillstand zustimmen werden, solange die unmenschlichen Handlungen, Plünderungen und Verwüstungen fortgesetzt werden, auf die sie mit Recht mit Schrecken und empörten Verzern hinblicken. Es ist auch notwendig, damit keine Möglichkeit des Ueberhandnehmens entstehen kann, daß der Präsident mit großem Nachdruck (very solemnly) die Aufmerksamkeit der Regierung Deutschlands auf die Fassung und die klare Absicht (the language and plain intent) einer der Friedensbedingungen lenkt, welche die deutsche Regierung jetzt andeutet. Sie ist enthalten in der Botschaft des Präsidenten, die er am 4. Juli ds. Js. in Mount Vernon gehalten hat. Sie lautet wie folgt:

Der Präsident jeder willkürlichen Macht überall, die für sich und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt führen kann oder wenn sie jetzt nicht vernichtet werden kann, mindestens ihre Verabminderung zu tatsächlichen Unvermögen und (folgt eine Telegrammversammlung). Die Macht, welche bisher die deutsche Nation beherrscht hat (controlled) ist von der Art, wie sie hier beschrieben wird.

Die deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Frieden durch das Vorgehen (by the action) des deutschen Volkes selbst kommen soll. Der Präsident hält sich für verpflichtet, zu erklären, daß die ganze Durchführung des Friedens seiner Ansicht nach von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird, welche in dieser dringenden Frage gegeben werden können. Es ist unumgänglich, daß die gegen Deutschland assoziierten Regierungen unzweifelhaft wissen, mit wem sie verhandeln.

Der Präsident wird eine besondere Antwort an die kaiserlich-königliche Regierung von Oesterreich-Ungarn absenden. Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung.

Robert Lansing.

So schnell die Antwort aus Washington auf die deutsche Erklärung einzuwirken ist, so wenig kann dieselbe beirriden.

Wir haben von Anfang betont, daß die Räumungsfrage eine untergeordnete Rolle spielt, falls die Absichten Wilson's ehrlich gemeint sind. Nach dem, was man jetzt liest, scheint das leider nicht der Fall zu sein. Was ist mit seinen neuen Einwürfen über angebliche deutsche Grausamkeiten groß anzuliegen! Nichts! Die raube Räumung soll doch gerade die Leiden der Bevölkerung beendigen, die übrigens gerade durch rücksichtslose feindliche Beschießung und Zerstörung der französischen Städte und Ortschaften entstanden sind. Die deutsche Regierung hat sich übrigens in einer Note an die französische Regierung bereit erklärt, die französische Bevölkerung abzutransportieren oder durch die Kampflinie zu lassen. Warum geht Wilson's Antwort auf dieses Angebot mit keiner Silbe ein?

Was ist auch mit der Forderung Wilson's anzufangen, die militärische Ueberlegenheit der Ententearmee müsse bis zu den Verhandlungen gefahrt sein? Wilson will einen Waffenstillstand nicht in Erwägung ziehen, solange Deutschland unmenschliche Praktiken im U-Boot-Krieg ausübt. Nun, der Krieg und die Vernichtung von Menschenleben und Werten ist überhaupt eine Unmenschlichkeit, gleichgültig ob die Vernichtung durch U-Boote, Kanonen, Maschinengewehre oder Giftgas betrieben wird. Und um all diese Unmenschlichkeiten zu beendigen, dazu soll ja zunächst der Waffenstillstand und der hierauf abzuschließende Friede dienen. Wilson verlangt erst Räumung und nachdem diese akzeptiert wurde, wäre doch eine Grundlage vorhanden gewesen, um Verhandlungen einzuleiten zu können. Es hat fast den Anschein, als ob die Annahme der Räumungs-forderung Herrn Wilson einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Er sucht jetzt anscheinend die Verhandlungen hinauszuziehen, da die Entente wohl glaubt, das gegenwärtige militärische Uebergewicht noch weiter ausnutzen zu können. Ob er richtig kalkuliert, muß die Zeit lehren.

Die bis jetzt uns zu Gesicht gekommenen Vorschläge befinden sich in der Richtung der „Nordd. Allg. Ztg.“ trotzdem die Weiterverhandlung anfangs, lehnen bürgerliche Blätter eine solche ab. Der letztere Standpunkt ist natürlich ein Unding. Es muß und wird u. E. wiederüberhandelt werden. Die neuen Einwürfe Wilson's werden in den feindlichen Ländern ebenfalls besprochen werden. Hoffentlich schließt sich doch noch die Möglichkeit heraus, die richtige Formel zu finden. Das müßte sich aber die Feinde gefügt sein lassen: Der Uebermut ist ein schlechter Berater.

Die Meinung der Berliner Presse.

Berlin, 16. Okt. Die Antwort des Präsidenten Wilson ist, wie die „Nordd. Allg. Zeitung“ schreibt, früher als man erwartet hatte, eingetroffen. Sie führt die Diskussion teils weiter, teils erweitert sie dieselbe. Es wird also eine neue Gegenüberstellung der deutschen Regierung notwendig werden, jedoch das Hauptziel der Aussprache, die Herbeiführung eines Waffenstillstandes und die Einleitung von Friedensverhandlungen noch nicht sofort zu erreichen ist. Die Aufstellung des Prinzips ist neu, daß die durch die Räumung zu schaffende Lage die heutige militärische Ueberlegenheit der Entente unangefastet lassen müsse. Im Zusammenhang mit dieser Frage enthält die Note gegen die deutsche Kriegsführung den Vorwurf der Ungezüglichkeit, und beschuldigt sie unmenschlicher Handlungen. Der Vorwurf ist unberechtigt und überschreit zum mindesten die militärischen Notwendigkeiten, unter deren Zwang die deutsche Seereschiffahrt handelt, solange nicht die Einstellung der Feindseligkeiten erreicht ist. Die deutsche Regierung hat die Hand dazu geboten, um die Leiden zu mildern und den Verwüstungen des Krieges überhaupt Einhalt zu gebieten. Es ist also unbillig, ihr die alleinige Schuld an dem jetzigen, gewiß bedauerlichen Zustande der beherrschten Kampfzone zuzumessen. Die Beantwortung der amerikanischen Note erfordert eingehende Beratungen. Dabei wird die deutsche Regierung sich weiter von dem Geiste der Veröhnlichkeit und dem Wunsche nach Beendigung des Blutvergießens leiten lassen und so ihren Entschluß unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes fassen.

Unter der Ueberschrift „Rechtsfrieden oder Gewaltfrieden“ führt die „Berliner Morgenpost“ aus: Wir haben lange gezögert, Herrn Wilson unser Vertrauen zu schenken, aber schließlich haben wir es getan in dem Glauben, daß es wirklich ein Rechtsfrieden sei, den er vermitteln wolle. In der Tat aber ist das, was er uns mit seiner neuesten Note zumutet, nicht die Grundlage, auf der ein Rechtsfrieden aufgebaut werden kann, sondern es sind die Vorbedingungen für einen Gewaltfrieden. Die Sprache in Wilson's Antwortnote ist hochmütig und verletzend. Der Ton, den er anzuschlagen für gut befunden hat, läßt nicht darauf schließen, daß er um die schnelle Wiederherstellung eines für uns erträglichen und für die Welt nützlichen Friedens besorgt ist, und er muß von uns jedenfalls mit vollem Ernst und Nachdruck zurückgewiesen werden.

Im „Berliner Tageblatt“ heißt es: Deutschland hat die Entfugung gezeigt, die bei schwachen Völkern den Tadel der Geschichte zu erwarten hätte, die aber ein in Zukunft sicheres und starkes Volk nicht zu erniedrigen vermag. Wie aber steht es mit denjenigen, die alles Erreichbare erreichen könnten und die in entsetzelter Triumphlust es dahin treiben, daß noch Tausende am Wege verschmachten, daß noch Hunderttausende fallen müssen?

Die „Rossische Zeitung“ sagt: Die deutsche Regierung hat um Entsendung einer gemischten Kommission gebeten, um über den Waffenstillstand zu verhandeln. Statt hierauf einzugehen, leitet Präsident Wilson eine Diskussion über gefesselt, unmenschliche Handlungen ein, die angeblich von den deutschen Truppen vorgenommen worden sein sollen. Den praktischen Zweck der Förderung und Beschleunigung des Waffenstillstandes und des Friedens kann der Präsident mit dieser Methode nicht verfolgen, er scheint vielmehr die Absicht zu haben, die Diskussion in die Länge zu ziehen, um die militärische Ueberlegenheit der Entente, von der er spricht, noch weiter auszugestalten.

Der Sieger Frankreich.

Paris, 14. Okt. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Note: Deutschland sieht auf sich die Drohung einer Invasion laffen und will um jeden Preis einer Züchtigung entgehen, deren Schärfe es im Hinblick auf die während jenes Rückzuges erneut begangenen Verbrechen fürchtet. Aus diesem Grunde geht es scheinbar auf die Forderungen Wilson's ein. Der Gehanke der Bildung eines Ausschusses zur Räumung der jetzigen Gebiete zielt darauf ab, den Kampfeser der Truppen einzuschläfern und die militärischen Anstrengungen zu verlangsamen. Es würde tatsächlich einer Einstellung der Feindseligkeiten gleichkommen. Deutschland könnte durch die Verzögerung der Verhandlungen seine Armeen aus dem Jasionmenbrach retten und sich dann weigern, die Gebiete zurückzugeben und in die Unabhängigkeit der unterdrückten Nationen zu willigen. Da es dann schwierig wäre, die Waffen wieder zu ergreifen, so würde dieses Manöver Deutschland gestatten, den Verlust des Krieges zu vermeiden, aber keine Regierung der Entente wird sich dazu hergeben, ebenso wenig wie Wilson. Man muß aber schon nach den neuesten Proben der Weigern und Anpassungsfähigkeit der Vetter Deutschlands sich wegen der Aufrichtigkeit ihrer Gesinnung skeptisch zeigen, solange Luden dort, der jetzt nur noch hinter den Kulissen arbeitet, wieder in Vordergrund der politischen Bühne erscheinen könnte. Vergeblich versucht Deutschland, durch die im Laufe des letzten Rückzuges begangenen Grausamkeiten den Frieden durch Entmutigung der Bevölkerung zu erlangen und die Schicksalsstunde zu verzögern. Frankreich ist einmütig in dem Willen, mit einem solchen Feinde nur zu verhandeln, nachdem es ihn vollständig aufgeräumt hat, zu schaden.

Englische Bedingungen.

Rotterdam, 14. Okt. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ schreibt der Parliamentskorrespondent der „Daily News“, er erfahre von maßgebender Seite, daß die alliierten Regierungen sich bei der Beantwortung der beiden Forderungen, ob es möglich sei, den von Deutschland verlangten Waffenstillstand zu gewähren, und unter welchen Bedingungen er gewährt werden würde, an den Rat der militärischen Befehlshaber im Felde halten werden. Was die Bedingungen betreffe, so sei man der Ansicht, daß sie zunächst die Sicherheit der alliierten Armeen und ihrer zukünftigen Erfolge für den Fall der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verbürgen müßten. Die Bedingungen müßten so sein, daß die alliierten Truppen nicht in Gefahr geraten würden. Die Frage, ob die deutschen Truppen auch Elb- und Ostpreußen räumen müßten, werde, wie man in ministeriellen Kreisen annehme, bei der Waffenstillstandsfrage ebenfalls vorgebracht und nach diesen Gesichtspunkten entschieden werden. Die englische Regierung betrachte den deutschen Vorschlag zur Errichtung einer gemischten Kommission als unerwünscht und unausführbar. Inzwischen zögen die Alliierten weder die deutsche Antwort an Wilson noch die ursprüngliche deutsche Note an Wilson in Erwägung.

Spanische Hoffnungen.

Bern, 15. Okt. Wie aus Madrid gemeldet wird, beschäftigt sich die öffentliche Meinung und die spanische Presse in den letzten Tagen fast ausschließlich mit dem deutschen Friedensangebot. Aus den Äußerungen der ersten und unabhängigen Presse geht hervor, daß sie unseren Schritt beim Präsidenten Wilson überzeugenden Charakter beimessen. Alle Wälder, u. a. auch der „Imparcial“, hoffen von ihm die Annahme des Friedens in kürzester Frist, wenn auch noch einige Schwierigkeiten zu überwinden seien. — „ABC“ hebt besonders das bezeichnende Schweigen der französischen und englischen Regierung zur Rede des Präsidenten Wilson vom 27. September hervor. Man gehe daraus hervor, daß nicht Deutschland, sondern die Entente in diesem Kriege imperialistische Machtpolitik verfolge.

Wilson's wichtigster Friedensfaktor.

In der Pariser „Humanité“ vom 5. Oktober beschäftigt sich Professor Gannon mit der Friedensfrage und weist darauf hin, daß von allen kriegsführenden Staaten, den alliierten und den mitteleuropäischen, nur die Regierung Wilson's den Frieden ma-

Seite 4.
Haare
Zimmer
Lortzing
10 Uhr.

Er
Nährungs-
mer
4920

Karlsruhe.
Menschlich
Anna
Karl
Hans
Kurt
Juba
Dunzel
Anneliese
Walter
Schweizer
Franz
Lang
Anna
Zahmes
12 Jahre
alt
Eugene
71 Jahre
Bertha
14 Jahre

gen könne. Ohne Wilson könne weder London noch Paris, weder Berlin noch Wien zum Frieden gelangen. Man müsse schreiben: „Keine Regierung der Entente kann Frieden schließen, wenn Wilson ihn nicht unterzeichnet will. Alle Nationen der Entente würden aus Mangel an Nahrungsmitteln, Petroleum, Gummi, Kaffee, Baumwolle, Wolle, Leder, Fleischwaren, Stahl und anderen Rohstoffen verhungern. Eine Nation, die ohne Wilson Frieden machte, würde des Hungers sterben. Andererseits kann Wilson Frieden machen, ohne die Zustimmung der Alliierten. Er hat den Londoner Pakt nicht unterzeichnet; er ist nicht gebunden und willste sich an niemand binden. Er kann den Frieden auch der Entente aufzwingen. Das ist die wirkliche Sachlage. Deshalb konnte Wilson sofort an Oesterreich antworten, ohne die Entente um Erlaubnis zu fragen. Auch die Entente muß die vierzehn Punkte Wilsons annehmen.“

Luxemburg und die Friedensaktion. Eine Drahtmeldung der „Basler Zeitung“ aus Luxemburg besagt, daß die luxemburgische Kammer einstimmig eine Tagesordnung angenommen hat, worin Präsident Wilson gebeten wird, die Rechte Luxemburgs zu schützen. Gefordert wird die Klärung des Landes und die Freilassung aller durch deutsche Militärgesandten verurteilten Luxemburger. Die Regierung erklärte sich mit diesen Forderungen einverstanden.

Mobilisierung des Wehrvereins. Der Wehrverein, die bekannte Gründung des Generals Reim, hat einstimmig beschlossen, eine Kundgebung an das deutsche Volk zum Schutze der heiligsten Güter der Nation zu erlassen. Die Kundgebung ist einseitig lediglich an den Reichskanzler abgeandt, jedoch man erteilt werden muß, wie der Wehrverein glaubt, das bedrohte Vaterland retten zu können.

Das neue Reich.

Die Reichskanzlerkrise beigelegt.

WB. Berlin, 15. Okt. Wie wir hören, hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, mit Rücksicht auf die politische Gesamtlage gegen das Verbleiben des Prinzen Max von Baden in seinem Amte als Reichskanzler nichts einzuwenden.

Der Reichstag.

Berlin, 15. Okt. Der Nehestenanschuß des Reichstags hat heute nachmittag beschlossen, am morgigen Mittwoch keine Plenarsitzung stattfinden zu lassen. Dem Präsidenten wird der Zeitpunkt anheimgelassen werden, an dem er das Parlament einberufen will. Voraussichtlich dürfte dies am nächsten Freitag sein.

Rücktritt des Chefs des Marinekabinetts.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ zuverlässig hört, wird in nächster Zeit auch der Chef des Marinekabinetts, Admiral von Müller, von seinem Posten scheiden.

Mitwirkung der Volksvertretung bei der Entscheidung über Krieg und Frieden.

WB. Berlin, 15. Okt. (Nicht amtlich.) Der Bundesrat stimmt heute vormittag einem Gesetzentwurf zur Änderung des Artikels 11 der Reichsverfassung zu. Absatz 2 des Artikels wird dahin geändert: Zur Erklärung des Krieges im Namen des Reiches ist die Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages erforderlich, es sei denn, daß ein Angriff auf das Bundesgebiet oder dessen Küsten erfolgt.

Was 3 wird durch folgende Bestimmung ersetzt: Friedensverträge, sowie diejenigen Verträge mit fremden Staaten, welche sich auf Gegenstände der Reichsgebietgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages. Damit ist die volle Mitwirkung der Volksvertreter bei den Entscheidungen über Krieg und Frieden gesichert.

Nationalliberale Kundgebung.

In Berlin fand letzten Sonntag eine Zusammenkunft der natl. Landesverbände und der Generalsekretäre der Partei statt, um zur Lage Stellung zu nehmen. Nach einem Referate des Hg. Stresemann wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Tagung der Vorsitzenden der nationalliberalen Landesverbände und der Generalsekretäre der Partei spricht nach dem

Vortrag des Hg. Dr. Stresemann der nationalliberalen Reichstagsfraktion die ungeteilte Zustimmung zu der in der jetzigen schweren Lage befolgten Politik aus. Sie billigt insbesondere ihren Eintritt in die Regierung und vertraut, daß unter ihrer Mitwirkung bei den kommenden Friedensverhandlungen die Unversehrtheit unsere deutschen Vaterlandes als Frucht der ungeteilten Opfer von Volk und Meer gewahrt werden wird.“

Der engere Ausschuß der nationalliberalen Partei Badens, der am Montag in Karlsruhe tagte, hieß die Berliner Entschließung einstimmig gut.

Herr von Batoki wieder Chef des Kriegsernährungsamtes. Wie die „B. Z. am Mittag“ hört, ist anstelle des wahrscheinlich endgültig aus dem Amte scheidenden Herrn von Waldow Herr von Batoki als Staatssekretär des Kriegsernährungsamtes in Aussicht genommen, dessen Amt vorher Herr von Batoki inne hatte.

Der bayerische Landtag wird heute zu einer Sonder Sitzung zusammenzutreten, in der eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe beraten werden soll. Ministerpräsident von Dandl wird in der Eröffnungsrede die Stellungnahme der bayerischen Regierung zur gegenwärtigen politischen Lage auseinandersetzen. Daran schließt sich die allgemeine politische Aussprache. Der Nehestenanschuß der Abgeordnetenkammer hat sich dahin geäußert, sämtliche vorgelegten Regierungsvorlagen einschließlich des Lehrgesetzes in einer außerordentlichen Tagung zu beenden und zu verabschieden.

Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 15. Okt. 1918. (WB. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. In Flandern hat der Feind keine Angriffe auf breiter Front zwischen Ypern und der Ys wieder aufgenommen. Es gelang ihm, über unsere vordere Stellung hinaus vorzudringen. Gegen Mittag kam der Kampf in der Linie Kortemar, östlich von Bielaere, das nach hartem Kampfe in Feindeshand fiel, südwestlich von Ypern und nordöstlich von Menen zum Stehen. Menen und Werwick wurden gegen starke Angriffe behauptet. Uebergangversuche des Feindes über die Ys bei Kommen vereitelt. Bei erneuten Angriffen am Nachmittag ging Sandzame und Cortemar verloren. Starke mit Panzerwagen geführte Angriffe beiderseits von Gits scheiterten. Zwischen Ypern und Menen konnte der Feind am Nachmittag nur noch wenig Boden gewinnen.

Erfolgreiche Kämpfe westlich von Lille und am Haute-Deule-Kanal.

Am Selle-Abzweig nördlich von Gausey und bei St. Souplet scheiterten Teilangriffe des Gegners.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Im dichten Morgennebel brach der Feind östlich von St. Quentin über die Dive vor und schob vorübergehend auf den Höhen südlich von Macquigny und nördlich von Digny vor. Umfassend angelegter Gegenangriff warf ihn von den Höhen auf die Dive wieder zurück. Heftige Teilkämpfe vor der neuen Front nördlich von Laon, westlich der Aisne und im Aisnebogen südwestlich von Grandpre.

Heeresgruppe Gallwig. Zwischen der Aire und der Maas greift der Amerikaner mit starken Kräften an. Der Schwerpunkt der Kämpfe lag östlich der Aire und beiderseits der von Charpentri auf Bontheville führenden Straße. Die teilweise bis zu viermalen wiederholten Angriffe sind bis auf örtlichen Geländegewinn beiderseits von Romagne gescheitert.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Auf den Höhen nordwestlich und nördlich von Nisch fanden kleinere Kämpfe statt.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 15. Okt., abends. (WB. Amtlich.) An der Kampffront in Flandern legte der Feind keine Angriffe fort. Er konnte einige Geländeorteile in beschränktem Umfang erringen.

Westlich der Maas entschieden sich Teilkämpfe zu unseren Gunsten.

Neue Versenkungen.

Berlin, 15. Okt. (WB. Amtlich.) Im Atlantischen Ozean haben unsere U-Boote 41000 MT. Handelschifftraum, darunter mehrere Landdampfer und mit Kriegsmaterial beladene Dampfer, versenkt.

Der Chef des Admiraltabs der Marine.

Die Türkei.

Eine türkische Note an Wilson.

Berlin, 15. Okt. Wie Gobas einer Basler Nachricht der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge meldet, hat der türkische Gesandte der spanischen Regierung eine für die Vereinigten Staaten bestimmte Note überreicht, in der um die Erörterung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen auf Grund der Erklärungen Wilsons ersucht wird.

Rücktritt des Ministeriums.

Konstantinopel, 14. Okt. (WB. Nicht amtlich.) Das Ministerium Talat Pascha ist zurückgetreten. Das neue Ministerium hat die Geschäfte übernommen. Großwesir und gleichzeitiger Kriegsminister ist Fethi Pascha, Minister des Innern Fethi Bey, früher türkischer Gesandter in Sofia, Marineminister Kous Bey, Führer des türkischen Kriegsschiffes „Gambier“ während des Balkankrieges, Finanzminister Djavid Bey. Der Minister des Aeußeren ist noch nicht ernannt. Die Geschäfte des Ministeriums des Aeußeren werden einstweilen von Nahi Bey, dem früheren türkischen Botschafter in Rom geführt.

Folgen der finnischen Königswahl.

WB. Genf, 15. Okt. (Nicht amtlich.) Die Agence Havas veröffentlicht eine Note, in der ausgeführt wird, daß Frankreich infolge der Ereignisse in Finnland, insbesondere wegen der Wahl des Prinzen Karl von Hessen zum König von Finnland die seinerzeit ausgesprochene Anerkennung der Unabhängigkeit Finnlands zurückziehe und die diplomatischen Beziehungen mit ihm abbreche. Die französische Regierung lasse in Helsinki nur einen Agenten mit konsularischen Vollmachten zurück zur Wahrung der französischen Interessen und zum Schutze der französischen Landsleute.

Die Lage in Rußland.

Moskau, 8. Okt. (Mosk.) In Petersburg fand am 8. Oktober in der Nähe der früheren Stadt-Duma die Enthüllung des Raskalle-Denkmal, in der Ausführung des Bildhauers Simejowski, statt. An der Feier nahmen teil: Vertreter der Nordkommunen, der Zentralbüro der Gewerkschaften, das Präsidium des Sowjets, Vertreter der Lehranstalten und Vertreter der kulturell-aufflärenden Organisationen. Die frühere Stadt-Duma ist zu einem Volkshaus, das den Namen Raskalle trägt, umgewandelt worden.

Moskau, 9. Okt. (Mosk.) Aus Smolensk wird uns folgen des gemeldet: Unsere Truppenabteilungen, die den Befehl ausführen, die von den Deutschen geräumten Kreise von Lepel und Senensk zu besetzen, haben am 26. September die Linie Paulje-Kamenj-Dworek-Samotschel-Gorodok erreicht. Die Einwohner empfangen die Rotgardisten mit großer Freude. Am 27. September wurde die Linie Wyno-Losonja-Tscharja besetzt. Bei den Truppen befinden sich Vertreter des Exekutivkomitees für das Westgebiet. Am 28. September ist der Kriegssowjet des Kreises von Lepel in die Stadt einbezogen.

WB. Rom, 15. Okt. (Nicht amtlich.) „Esferbare Romano“ schreibt: Da sich der Papst für das Schicksal der Seren und deren Töchter interessiert, wurden vom österreich-ungarischen Konsul in Moskau bei den Bolschewiki Schritte getan. Die Antwort lautet dahin, man wisse nicht, wo sich die Seren und deren Töchter befinden, da Zweifel an der Genauigkeit der Angabe beständen. Vertrauenswürdigere Personen seien mit weiteren Nachforschungen betraut worden.

Mein Onkel Benjamin.

Roman von Claude Tillier. 39 (Fortsetzung.)

Mein Onkel öffnete darauf ein altes Gerümpel von Kommode, an der noch einige Reste eines vergoldeten Kupferbeschlages hingen, und aus einer Schublade zwei oder drei alte Kopfkünder herausnehmend, sagte er Bonteint, sie demselben hinzugeben:

„Sie sollen nicht alles verlieren; diese Gegenstände werden in der Masse mitgehen; ich schenke sie Ihnen als Zugabe.“

„Wie!“ riefte Herr Bonteint.

„Dieses Portefeuille in rotem Maroquin, welches Sie hier sehen, ist mein Vestel“, und als Bonteint die Hand auf dasselbe legen wollte, fuhr er fort: „Gütlich artig sein; das Geleht erlaubt ihnen nicht, es anzurühren. Es ist das Handwerkszeug meiner Profession und ich habe das Recht, es zu behalten.“

„Gleichwohl...“ bemerkte Herr Bonteint.

„Jetzt kommt ein Storkzieher mit Ebenholzgriff und Silber ausgelegt an die Reihe. Was diesen Gegenstand anlangt“, fügte er, ihn in die Taiche steckend, hinzu, „so entziehe ich ihn meinen Gläubigern und habe ihn überdies nötiger als Sie.“

„Aber“, erwiderte Herr Bonteint, „wenn Sie alles, das Sie nötiger haben als ich, für sich behalten, so werde ich keinen Karren gebrauchen, um meine Beute mit fortzunehmen.“

„Einen Augenblick“, fiel mein Onkel ein, „Sie werden mit Abarten nichts verlieren. Auf diesem Bretke haben Sie alte Medizinflaschen, von denen einige gesprungene sind; für ihre Unversehrtheit bürgte ich; ich trete sie Ihnen mit allen Spinnen ab, die sich darin befinden.“

„Auf diesem zweiten Bretke steht ein ausgestopfter Geier; Sie werden nur die Mühe haben, ihn mitzunehmen, und er wird Ihnen sehr gut als Schild dienen können.“

„Herr Rathberg!“ rief Bonteint.

„Hier ist Madecourts Hochzeitsperle, die sich, ich weiß nicht wie, hier befindet. Ich gebe sie Ihnen nicht an, weil ich weiß, daß Sie immer noch ein falsches Loupet tragen.“

„Was wissen Sie davon, Herr Rathberg!“ rief Bonteint immer gereizter.

„In diesem Glase“, fuhr mein Onkel mit unerschütterlicher Kaltblütigkeit fort, „befindet sich ein Bandwurm, den ich in Weingeist aufgehoben habe. Sie können sich der Frau Bonteint und Ihren Kindern Strumpfbänder daraus zulegen. Ich will Sie übrigens darauf aufmerksam machen, daß es schade wäre, dieses schöne Tier zu verstümmeln; Sie würden sich rühmen können, die längste Kreatur der Schöpfung in Ihrem Hause zu haben, ohne die ungeheure Beschläge auszunehmen. Sie können übrigens das Maß ganz nach Belieben angeben.“

„Sie machen sich ganz entschieden über mich lustig, Herr Rathberg; alles dies hat nicht den geringsten Wert.“

„Ich weiß es wohl“, sagte mein Onkel kalt; „auch haben Sie keinen Zeigen zum Bezahlen. Sehen Sie, da ist zum Beispiel ein Gegenstand, der schon an sich allein Ihre ganze Schuld aufwiegt; es ist der Stein, den ich vor zwei oder drei Jahren dem Herrn Bürgermeister aus der Waise geschmitten habe. Sie könnten ihn in Form einer Dose verkaufen lassen; hat man einen goldenen Meisen um sie gelehrt und einige wertvolle Steine hinzugefügt, so würde er ein hübsches Geschenk für Frau Bonteint an ihrem Namensstage abgeben.“

Während machte Bonteint einen Schritt auf die Türe zu.

„Einen Augenblick“, sagte mein Onkel, ihn an einem Hochstöße festhaltend. „Wie eilig Sie es haben, Herr Bonteint! Ich habe Ihnen ja erst den kleinsten Teil meiner Erbsche gezeigt. Hier habe ich noch einen alten Holzschmitt, der den Hippokrates, den Vater der Arzneikunde, darstellt; ich bürge Ihnen für die Nützlichkeit; ferner drei unvollständige Bände der medizinischen Zeitung, die Ihnen in diesen langen Winterabenden unendlich Freude bereiten werden.“

„Noch einmal, Herr Rathberg...“

„O mein Gott, ärgern Sie sich doch nicht, Papa Bonteint, wir sind jetzt gerade bei dem kostbarsten Gegenstande meines Mobiliars angelangt.“

Mein Onkel öffnete darauf einen alten Schrank und langte daraus zwei rote Wäde, die Herr Bonteint vor die Füße warf, und aus denen eine Staubwolke hervorsau, die den gu-

len Kaufmann zum Husten reizte, sowie ein Schwarzem Spinnennetz, die sich über das Zimmer gestrauten.

„Sehen Sie“, sagte er zu ihm, „das sind die beiden letzten Wäde, welche Sie mir verkauft haben; Sie haben mich schändlich betrogen, Herr Bonteint; sie sind an einem einzigen Morgen wie zwei Rosenblätter verblüht und meine liebe Schwelster hat sie nicht einmal bemerken können, um ihren Kindern Diner damit zu färben. Sie verdienen, daß ich Ihnen die Lehrentehre weißläufig auseinandersetze.“

„D“, rief Herr Bonteint, über diesen neuen Ausfall kühn dornend, „das ist zu hart, wie hat man sich über einen Gläubiger unterkündert lustig gemacht. Morgen früh sollen Sie von mir hören, Herr Rathberg!“

„Desto besser, Herr Bonteint! Ich werde stets entschlossen sein zu vernehmen, daß Sie sich wohl befinden. O bitte, Herr Bonteint, Sie vergessen ja Ihre Kopfkünder!“

Als Bonteint hinausging, trat der Advokat Pope ein und fand meinen Onkel aus vollem Halse lachend.

„Was hält du denn mit Bonteint vorgehabt?“ fragte er zu ihm. „Ich habe ihn auf der Treppe fast rot vor Horn getroffen; er befand sich in einem so erbitterten Zustande, daß er mich beim Vorübergehen gar nicht begrüßte.“

„Braucht wohl dieser alte Schalkspatz während auf mich zu sein, weil ich kein Geld habe! Als ob mir das nicht unangenehm sein müßte als ihm?“

„Du hast kein Geld, mein armer Benjamin! Desto schlimmer, zweimal schlimmer, denn ich wollte dir einen wahren goldenen Kauf vorsetzen.“

„Schlage immerhin vor“, erwiderte Benjamin.

„Der Wikar Djharos will sich eines Anters Burgunder, den ihm eines seiner frommen Bekannten geschenkt hat, entäußern, weil er am Rathberg-leidet und ihm Doktor Arnout Thianen verordnet hat. Da er lange Ditt beobachtet muß, so fürchtet er, der Wein könnte absteigen. Er hat dieses Geld zur Auskathung eines armen jungen Wäde bestimmt, die ihre letzte Taute verlieren hat. So schlage ich dir sowohl einen guten Kauf wie eine gute Handlung vor.“

(Fortsetzung folgt.)

Revolutionen östlich des Rheins.

Die militärischen Ereignisse im Westen beginnen sich auszuwirken. Ihre erste Wirkung war die Buriannote, die un- beantwortet blieb. Die zweite war die weltgeschichtliche Friedensnote vom 5. Oktober, mit der die Mittelmächte die Bedingungen Wilsons annehmen. Damit ist die Entente von den Mittelmächten, wenn auch nicht als der vollständig siegreiche, aber doch als der weit stärkere, seine Macht stets erweiternde Teil anerkannt. Damit hat eine Umwandlung der ganzen Welt östlich der Westfront eingeleitet.

Deutschland hat einen entscheidenden Schritt in der Richtung zur Demokratie getan und weiß, daß es fortan nur noch als ein demokratisches Staatswesen leben kann. In Oesterreich vollzieht sich, bisher unblutig, gleichfalls eine Revolution. Die große Auseinandersetzung der Nationalitäten hat begonnen. Keine will mehr den Staat, so wie er ist, anerkennen.

Oesterreich-Ungarn ist gewesen. Natürlich wird sich an seiner Stelle etwas anderes erheben, aber wenn es auch den alten Namen behielte und wenn auch — was nicht sicher — die alte Kaiserkrone als Ornament darüber schwebte, so wird es doch etwas ganz anderes sein. Es ist, wie wenn im Herbst die Samen in einem Kapsel reifen: sie wachsen, pressen einander, schließlich wird die Hülle gesprengt. Die Völker Oesterreichs konstituieren sich auf der Basis der nationalen Autonomie neu und wollen über ihr künftiges Nebeneinanderleben miteinander verhandeln. Ungarn will sich dieser Zerlegung entziehen, von der monarchischen Herrschaft retten, was noch zu retten ist, und will sich zu diesem Zwecke von Oesterreich trennen. Nur die Personalunion soll bleiben, d. h., das Oberhaupt der Familie Habsburg soll neben dem Titel Kaiser von Oesterreich auch noch den eines Königs von Ungarn führen dürfen. Der Kaiser von Oesterreich nennt sich außerdem auch noch König von — Jerusalem! Es ist unabweislich, daß er — wenn er sich überhaupt noch behaupten kann — in einem viel anderen Sinne Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn sein wird. Der Name Monarchie, das heißt Herrschaft des einen, wird nur noch ein historischer Begriff sein.

Auf dem Balkan und Kleinasien sind die militärischen Ereignisse denen an der Westfront schon vorausgegangen. Südlich der Donau bis zum Persischen Golf ist für die Mittelmächte nichts mehr zu halten. Das Bulgarien des Jaren Boris ist in der Hand der Entente, Sofia von den Franzosen besetzt. Die Türkei hat mit einem jähen Regierungswechsel die politischen Folgen aus diesem Ereignis gezogen. Der Gouverneur von Smyrna hat schon Parlamentäre an die Entente geführt und Friedensverhandlungen neben Kapitulation angeboten. Ueber die Ausgestaltung der Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel und in Kleinasien wird auf der allgemeinen Friedenskonferenz entschieden werden, wobei die Tatsache der militärischen Vorherrschaft der Entente in jenen Ländern zur Geltung kommen wird. Der Traum von Hamburg bis Bagdad oder gar von Antwerpen bis Indien ist ausgeträumt.

In Polen ist eine vollständige Umwandlung vor sich gegangen. Man rechnet in Warschau nicht mehr mit autopolnischen oder deutschpolnischen Lösungen, sondern mit einem Polen nach Wilsons Bedingungen, das alle Gebiete von ungewisser polnischer Bevölkerung umfassen soll. Litauen, Kurland, Livland, Estland — alles schwimmt weg. Donauabwärts geht der Zug. Wo sind die Königskrone und Herzogshüte geblieben, die das alte deutsche System dort so freigiebig verteilte wollte? Wo die Hoffnungen einiger der vielen deutschen Prinzen, die die Hände begierig ausstreckten nach dem ererbten Schmuck? Zertrümmert, verflunken, vergessen.

Nur Finnland scheint der einzige ruhende Pol in der Revolutionen Flucht zu sein. Sein Kumpflandtag, aus dem die achtzig Sozialdemokraten vorher zwangsweise entfernt worden waren, hat mit knapper Mehrheit den Schwager des deutschen Kaisers zum König gewählt. Der Kniff gelang nur dadurch, daß die Monarchisten auf ein vermoder- tes Geleß aus dem Jahre 1772 zurückgriffen, um ihrem Ver- schlag den Schein einer Legitimität zu geben. Der neue König muß sich aber beeilen, wenn er sein geliebtes Volk nicht sehen will. Denn mit dem Ende der deutschen Okkupation muß er das angestammte Land wieder verlassen. Da dieser Termin unter Umständen sehr schnell eintreten kann, so tut Friedrich Karl von Hessen gut daran, den nächsten Schnellzug zu nehmen. Sonst kommt er zu spät.

Denn in allen Ländern des Ostens, in denen jetzt noch deutsche Generale als Sieger die Herrschaft üben, weiß man, daß Deutschland selbst von seiner Absicht, die Verhältnisse im Osten durch einseitiges Machtgebot zu regeln, zurückge- treten ist. Man weiß, daß die deutsche Okkupation vielleicht nur noch einige Wochen, höchstens noch einige Monate dauern kann. Die politischen Führer jener Länder, welche die An- lehnung an die Mittelmächte gewollt oder sich wenigstens mit ihr abgefunden hatten, müssen jetzt eine neue Drien- tierung suchen. Nach allem, was man weiß, dürfte ihnen das nicht schwer fallen. Die Bourgeoisie des alten Zaren- reiches hat willig und bewußt drei Jahre lang auf der Seite der Entente Krieg geführt; sie stand Jahrzehnte hindurch im Bunde mit Frankreich, das sich bei ihr der größten Belieb- heit erfreut. Der Uebergang von den Mittelmächten zur Entente würde also den herrschenden Schichten der von Auf- land losgelösten Länder nicht schwer fallen, wenn sie nicht die deutsche Besetzung als einen Schutz gegen die von Groß- rußland her drohende Bolschewikiherrschaft betrachten würden. Die Wirkung auf die Bolschewikiherrschaft in Rußland streift auch nicht aus. Schon sind die Beziehungen zwischen Moskau und Berlin nicht mehr so freundlich, wie sie einige Zeit hindurch schienen. Die Sowjetregierung hat den Brester Vertrag gegenüber der Türkei für null und nichtig erklärt. Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn eine ähnliche Erklärung gegenüber Deutschland erfolgen sollte. In Vorpielen dazu fehlt es jetzt schon nicht.

Die Fehler des alten deutschen Systems beginnen sich zu zeigen. Alles bricht zusammen, was der Machtvolle der deutschen Reaktionäre und Weltroberer künstlich aufgerich- tet hat. Sie gingen überall mit der künftigen Schicht der Un- terdrückten zusammen und mißachteten die breiten Massen der

breiten Völker. Sie trieben der demokratischen Entente Sympathien selbst dort zu, wo sie bisher noch nicht vorhan- den waren. Sie säten Hoß, wo es bitter nötig gewesen wäre, Liebe auszusäen.

Mit der preußischen Junkerpeitsche sollte die östliche Welt regiert werden. Autorität, Majorität, Unterordnung, nicht Selbstbestimmung.

Die Reaktionäre aller Kaliber, die Nationallibe- ralen wie die Konservativen, die Agrarier wie die Alldutschen haben es gefordert. Es ist nach ihrem Willen verfahren worden, denn sie hatten bis vor zwei Wochen die deutsche Macht in Händen.

Nun kann das deutsche Volk erkennen, was die Macht- anbieter und Gewaltpolitiker angerichtet haben.

Deutsches Reich.

Ein Ermächtigungsgesetz für die Ubergangswirtschaft.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnah- men für die Ubergangswirtschaft gemäß den Beschlüssen des Bundesrats zugegangen. Der Entwurf umfaßt drei Para- graphen.

§ 1 ermächtigt den Bundesrat, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Regelung des Ueber- gangs von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig erweisen. Diese Maßnahmen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Gemäß § 2 ist vor dem Erlaß grundlegender Anordnun- gen die Zustimmung eines aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschusses einzuholen, den der Reichstag aus seinen Mit- gliedern wählt. § 3 bestimmt, daß das Gesetz außer Kraft tritt, sobald die Ubergangswirtschaft als beendet angesehen werden kann. Der Zeitpunkt wird durch Kaiserliche Verord- nung und Zustimmung des Bundesrats bestimmt.

Die Begründung der Vorlage beginnt mit der wichtigen Feststellung, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands bei Friedensschluß eine alsbaldige Anhebung der gebundenen Wirtschaft unter Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft in ihren bis zum Kriegsausbruch beschrittenen Bahnen und un- ter Zulassung der freien Betätigung aller Erwerbsstände ausschließt. Damit ist das Gesetz der kapitalistischen Inter- essentengruppierungen auf sofortige Aufhebung der Kriegswirtschaft bei Friedensschluß und Wiederherstellung der freien Konkurrenz abgetan. Für die Ubergangswirt- schaft reicht das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 nicht mehr aus, da es nur „während der Zeit des Krieges“ Geltung hat. Weiter umschreibt die Begründung näher das in § 2 festgelegte Mitbestimmungsrecht des Reichstages. Der mitbestimmende Reichstagsausschuß ist dem Hilfsdienst- ausschuß nachgebildet. Der Reichstag wird bei der An- nahme des Gesetzes darauf zu achten haben, daß der Bundes- rat nicht wieder eine ähnliche unkontrollierbare Vollmacht erhält, wie durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914; er wird daher auf die sichere gesetzliche Fundierung seines Mitbestimmungsrechts besonders bedacht sein müssen.

Für das gleiche Wahlrecht in Hessen. Der sozialdemokrati- sche Landtagsabgeordnete Ulrich hat an den Präsidenten der Zweiten Reichstagskammer folgendes Schreiben gerichtet:

„Die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Reich und in Preußen läßt es mir angebracht erscheinen, darauf zu drin- gen, daß der Antrag unserer Kammerfraktion betr. die Einfüh- rung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahl- rechts alsbald zur Verhandlung gelangt, damit das heilige Volk sowohl die Stellung der Kammer als auch der Regierung zu der Frage kennen lernt. Ich erlaube deshalb um schleunige Einberufung einer Vollziehung der Zweiten Kammer, in der unter Antrag zur Verpredung kommt.“

Sie lenken ein. Die konservative Fraktion des Abgeord- netenhauses sah in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig folgen- des Beschluf: In der Stunde der höchsten Not des Vaterlan- des und in Erwägung, daß wir auf schwere Kämpfe für die Unversehrtheit des vaterländischen Bodens gerufen sein müssen, hält es die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses für ihre patriotische Pflicht, alle inneren Kämpfe zurückzustellen. Sie ist gewillt, zu diesem Zwecke auch schwere Opfer zu bringen. Sie glaubt nach wie vor, daß eine zweigleisige Radikalisierung der preußischen Verfassung nicht zum Heil des preussischen Volkes dienen wird, ist aber bereit, ihren Widerstand gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen, entsprechend dem jüngsten Vorgehen ihrer Freunde im Herrenhaufe, aufzu- geben, um die Bildung einer Einheitsfront nach außen zu ge- währleisten. Der Hauptverein der Deutsch-Konservativen. gez. Unterschrift.

Aus der Partei.

Der Parteitag der französischen Sozialdemokratie.

Genf, 12. Okt. Die Abstimmung des Parteitages der franzö- sischen Sozialisten hat zur Folge gehabt, daß die gesamte Leitung der Partei, die bisher in den Händen der Regierungsozialisten lag, auf die Anhänger des internationalen So- zialismus und der Friedenspolitik überging. Das ständige Zentralorgan der Partei der große Verwaltungsausschuß besteht von jetzt an aus 10 Regierungsozialisten, 12 Vertretern der Gruppe Lougeat und zwei Sozialisten. Die Gegner der bis- herigen Kriegspolitik der Partei verfielen also mit ihren 14 Stim- men über die große Mehrheit. Infolge dieses Umkehrunges hat der bisherige Parteiführer Dubreuil, der sich vollständig im Jahressommer des ehemaligen Ministers Albert Thomas hielt, sein Amt niedergelegt und ist durch einen ausgesprochenen Inter- nationalisten, den Volkschullehrer Proffard, ersetzt worden, der auf dem letzten Parteitag die Sozialisten von Velfort ver- treten und sich durch seine heftige Bekämpfung der französischen Annerionspolitik bemerkbar gemacht hat. Da der Parteitag vor- gestern auch das Verhältnis zur „humanité“ im Sinne der von einer Studienkommission gemachten Vorschläge geändert hat, so ist die Leitung des Parteiorgans an den neuen Verwaltungs- ausschuß übergegangen. Der Deputierte Cahin ist zum Direk- tor ernannt worden an Stelle des bereits zurückgetretenen Re- nauvel. Als Chefredakteur soll dem neuem Direktor ein tüch- tiger Berufsjournalist an die Seite gestellt werden, der nicht dem Parlament angehört. („Frankf. Ztg.“)

Soziale Rundschau.

Krankenkassentagung.

Baden-Baden, 14. Okt. Am Samstag und Sonntag fand hier die 23. ordentliche Hauptversammlung der freien Vereinigung badischer Krankenkassen statt, die aus den verschiedenen Teilen des Landes sehr gut besucht war. Der Vorstand Stadts. W. Hof- Karlsruher erinnerte in seiner Eröffnungsansprache daran, daß die Vereinigung nunmehr 25 Jahre bestesse. Kommerzienrat E. W. Meher-Pforzheim, der in diesem Vierteljahrhundert der Vereinigung viele Dienste geleistet hat, wurde in Anerkennung dafür der Ehre-vorhitz der Sitzung übertragen. Bei der Eröffnung des Geschäftsberichts durch Geschäftsführer A. Eismund-Karlsruher wurde darauf hingewiesen, daß die Leistungen der Krank- kassen immer größere werden; deshalb müsse der Staat mit seinen Mitteln helfend und unterstützend eingreifen. In derassen- ärztlichen Frage stellte Vorstand Hof mit, daß der Beitrag mit den Kassenzinsen in diesem Jahr erneuert werden müsse. Verhandlungen zwischen der Iassenärztlichen Landeszentrale und dem Hauptauschuß der Vereinigung hätten bereits stattgefunden, eine Einigung sei aber noch nicht erzielt worden. Die berechtigten Forderungen der Ärzte würden anerkannt, eine Erhöhung der Honorarfätze um 40 und 50 Prozent sei aber nicht durchführbar. In einer Entscheidung wurde danach der Vorstand beauftragt, mit der Iassenärztlichen Zentrale auf der Grundlage einer 15 bis 20prozentigen Erhöhung der Honorarfätze, eventl. 33 Proz. unter Prüfung der Verhältnisse der einzelnen Kassen, weiter zu ver- handeln. Nach einem Vortrag von Verwaltungsdirektor Ebelmann- Freiburg über die Entschädigung der Betriebskrankenkassen für die Beforgung von Geschäften der Invalidenversicherung wurde die Tagung geschlossen.

Ein neuer Zwischenhandel auf dem Wohnungsmarkt. Die Wohnungsnot hat in München einen Zwischenhandel gezei- gigt, indem von unberufenen Vermittlern Wohnungen ge- gen Brämen angeboten werden oder von Wohnungsuchenden Brämen für den Nachweis von Wohnungen versprochen werden. Eine Anordnung des stellvertretenden Generalkom- mandos verbietet sich jetzt gegen diesen Mißbrauch und verbie- tet die Wohnungsvermittlung gegen Entgelt, sowie das Anbieten und Annehmen einer Brämie für die Vermittlung von Wohnungen in jeder Form. — Eine ähnliche Maßnahme wäre auch für Baden wünschenswert; der Umfang der Zeitungs- In- terate, die Brämien aussetzen, ist auch in Karlsruhe in Praxis.

Selbsthilfe beim Handwerk. Der Landesverband der Bad Gewerbe- und Handwerkervereinigungen, Ets. Rastatt, wendet seine Aufmerksamkeit neuerdings der wichtigen Frage des Auslaues der Fürsorgeversicherung für das selbständige Handwerk zu. So beabsichtigt er seine Krankenkasse in der Weise auszubauen, daß diese nach dem Krieg ihren Vitalitäten zum mindesten die Entschädigungen gewährt, die auf Grund der Reichs- versicherungsordnung als Regelleistungen bezeichnet sind. Neben dem Krankengeld werden alsdann die Mitglieder eine Beihilfe zu den Kosten für ärztliche Behandlung und Arznei erhalten, ferner Wochenhilfe und Sterbegeld. Auch den Familienangehörigen soll fünfjährig gestattet sein, Mitglied der Kasse zu werden. Durch diesen Ausbau ist dem selbständigen Handwerk Gelegenheit ge- boten, denselben Schutz, den man den Arbeitern durch die Ver- sicherungsgegesetzgebung erweist, bei seiner Organisation zu finden.

Baden.

iv. Liebelsheim, 14. Okt. Am letzten Sonntag abend fand hier wieder eine gutbesuchte vaterländische Versam- lung statt. Der Leiter derselben, Pfarrer Weiser, be- grüßte die Erschienenen „im neuen Deutschland“, dessen Sinn er kurz darlegte. Von einigen Kindern wurden Gedichte vorge- tragen. Sodann gaben verschiedene Männer aus der Gemeinde ein Bild der gegenwärtigen Lage. Bürgermeister Holz sprach über die militärische Front, Gemeindevater R. F. Seith über die innere und innerste Front, Hr. L. Seith über die Feinde. Der Ortsgeistliche endlich gab in großen Zügen ein Bild der Weltlage, wobei er auf die Bedeutung eines Völkerbundes vom nationalen sowie vom religiösen Standpunkt aus hinwies. Mit einem kurzen, kräftigen Aufruf zur weiteren Pflichterfüllung, auch bei der gegenwärtigen Kriegsanleihe, und zur neuen, heldenmütigen Einigkeit, damit auch innerlich ein neues Deutschland erhebe, schloß die eindrucksvolle Feier.

Freiburg, 14. Okt. Da in manchen Klassen der hiesigen Volksschule bis zu 50 Prozent Schüler fehlen, wurde die Volks- schule auf 14 Tage geschlossen. — Der Stadtrat hat für die städt. Beamten, Volksschullehrer und die städt. Arbeiter einmalige Kriegszulagen und eine Erhöhung der ständigen Zulagen bewilligt. Die ständigen Zulagen erfordern eine Summe von 387.000 Mark im Jahre, die einmaligen Zulagen 628.000 Mark.

Säckingen, 15. Okt. Wegen starken Auftretens der Grippe wurde hier die Real- und Volksschule geschlossen.

Wiesloch, 15. Okt. Der 51jährige vereiratete Landwirt P. N. H. aus Wiesloch wollte in der hiesigen „Kostmühle“ an einer Stelle, die zu betreten verboten ist, den Melkstand aufstellen. Dabei kam er dem Getriebe der Mäder zu nahe, so daß er von demselben förmlich zerdrückt wurde, was den alsbaldigen Tod zur Folge hatte.

Mannheim, 14. Okt. Bei einem Einbruch in ein Zigarren- geschäft in Feutenheim wurden über 2000 Zigarren gestohlen.

Mannheim, 14. Okt. Die Städte Mannheim und Ludwigshafen werden Papiernotgeld in Höhe von mehreren Millionen Mark und zwar 20, 10 und 5 Mark-Scheine ausgeben. Zwischen den beiden Städten wird das Notgeld in Zahlung genommen werden und ebenso sollen die Städte Frankenthal, Speyer und Neu- stadt das Papiernotgeld als Zahlungsmittel anerkennen. Die Herstellungskosten und die Gefahr für Fälschungen tragen je zur Hälfte die Reichsbank und die beiden Städte.

Weiterbildungskurs für Kriegsbeschädigte. Das Gr. Landes- gewerbeamt veranstaltet in der Zeit von Mitte November bis April 1919 an der Gewerbeschule in Karlsruhe Weiterbildungskurse für entlassene kriegsbeschädigte Elektroinstallateure und Schreiner. Den Teilnehmern werden vom Bad. Landesgewerbeamt der Kriegsbeschädigtenfürsorge Beihilfen gewährt. Anmeldebe- drucke sind vom Gr. Landesgewerbeamt in Karlsruhe zu beziehen.

Aus aller Welt.

Ein Waldbrand in Nordamerika. Eine Depesche aus Du- luth (Minnesota) meldet: Bei einem Waldbrande in Nord- minnesota zwischen Ashland und dem Nooleke sind schätzungs- weise 500 Personen verbrannt. Der Verlust an Eigentum be- läuft sich auf viele Millionen Dollar.

Mitschuldige.

• Karlsruhe, 16. Oktober.

Es ist ein Trauerspiel für unser Volk, daß ein Teil der deutschen bürgerlichen Zeitungen den Ernst der Stunde immer noch nicht begreifen und in einer frechhaft leichtfertigen Weise durch ihre alberne und sinnlose Schreibart dazu beitragen, daß unsere Gegner immer noch nicht an die volle Ehrlichkeit der Friedensbereitschaft unserer neuen Regierung auf Grundlage der Verständigung glauben. So bringt, um nur ein Beispiel aus vielen zu erwähnen, die „Badische Presse“ am letzten Freitag in ihrem Mittagsblatt einen Leitartikel, der, unbekümmert um die Vorgänge der letzten Zeit, in der alten, öden Phrasendrescherei, die wir allerdings an diesem Blatte von jeher schon gewohnt sind, fortfährt; nichts vergessen, aber auch nichts gelernt, kann man angesichts solcher Leistungen sagen. Es wird da in diesem Artikel nachzuweisen versucht, daß es mit den Amerikanern an der Westfront bald „alle“ sei; Amerika könne nicht mehr Millionen herüberschicken und gleichzeitig Millionen in Frankreich erhalten. Also: Feste druff, draußen und daheim, auf die Wiesmacher, auf die „Intellektuellen“ und Halbwisser. „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt“.

Das ist die alte Methode der Stimmungsmache, die wir nun schon 4 Jahre erleben; so ist das deutsche Volk 4 Jahre lang hingehalten, aufgepäppelt worden. Immer nur waren die anderen die schlechten Kerle; nur bei denen da draußen gab es Lebensmittelforgen, Kohlenknappheit; die Engländer, Franzosen und Amerikaner waren die Schlappschwänze, über die man sich dabei weidlich lustig machte, während unsere Soldaten in härtestem Kampfe mit ihnen lagen. Jede neue Kriegserklärung wurde mit Hurrageschrei und neuen Kraftshühnchen begrüßt. Wie rasch wäre doch der Krieg aus gewesen, wenn unsere Soldaten mit den Gegnern ebenso rasch fertig geworden wären wie die Federhelden.

Das war die Stimmungsmache, die „Aufklärung“, wie sie von oben herunter organisiert und betrieben wurde, um das Volk zum „Durchhalten“ anzufeuern. Was scherte es jene Leute, wenn das Volk knirschte und unwillig wurde, wenn eine Enttäuschung auf die andere folgte? Wenn es sah, daß man es wiederum getäuscht und hingehalten? Müll haften! Es wird weiter „aufgeklärt“, das war die Parole. Und nun, wo der „große Schwindel“ herausgekommen, wo man sieht, was man angerichtet, nun steht man ratlos da, nun weiß man nicht, wo ein und aus, hilflos steht man dem Zusammenbruch gegenüber.

Welche Schuld haben aber jene Zeitungen auf sich geladen, die dieses Treiben unterstützten und tagtäglich förderten? Welche Erbitterung haben sie ins Volk getragen! Wie haben sie mit ihren Kraftshühnchen und falschen Prophezeiungen dem Ansehen der Presse geschadet. Denn gerade ihr Treiben trägt ja die Schuld, daß kein Mensch im Lande mehr glaubte, was die Zeitungen schrieben, daß man auf Schritt und Tritt zu hören bekam: Es ist ja alles verlogen, geschwindelt, was da geschrieben wird! Wenn aber die Enttäuschung kam, wenn das Volk sah, daß es wieder einmal irreführend, mit falschen Hoffnungen und leeren Versprechungen hingehalten worden war, wenn es mißmutig, verzagt und erbittert wurde, dann waren natürlich beileibe nicht die Zeitungen und jene Schuld, die diese falschen Hoffnungen erweckt hatten, sondern dann waren es „ausländische“ Agenten, Flammacher, Wiesmacher, Hunger- und Verzichtsriedler. Nun offenbaren sich die Folgen jener ungeligen, von oben herunter gebegten, gepflegten und organisierten „Aufklärung“, in deren Dienst sich die bürgerliche Presse nur zu gern gestellt hatte, nun haben wir den furchtbaren Zusammenbruch eines unheilvollen Systems, das da glaubte, man brauche dem Volke nur alles recht schön im strahlendsten Lichte vorzumalen, ihm nur recht oft von Opferwilligkeit, Durchhalten und ähnlichen Dingen vorzuerzählen, dann werde schon alles schön und gut sein. Nun ist das Kartenhaus zusammengebrochen, nun weicht die Maske der Wirklichkeit, nun ist man über Nacht nüchtern geworden. Mit dem Zusammenbruch der bisher getriebenen Politik im Reiche ist auch diese Methode der Volksaufklärung elendiglich zusammengebrochen. Die Schuldigen sind hier wie dort die gleichen Leute. Daß nun dieses falsche Aufklärungssystem schuld an dem ist, was wir nun erleben, sieht man am besten daraus, daß die so vermeintliche Stimmung vorwiegend das Bürgertum erfaßt hat, während die Arbeiterklasse mit Ruhe und Festigkeit den Geschicknissen gegenüber steht. Weil eben die Arbeiter von Anfang an die Aufklärungsmasche durchschauten, weil sie sich im Gegenzug zum Bürgertum von Anfang an durch den künstlichen Nebel den klaren Blick nicht trüben ließen und weil eben ihre Presse sich von jeder Gehe, jeder Vorspiegelung falscher Tatsachen, jeder Beschönigung der wirklichen Lage freihielt, weil sie den Dingen mit offenen Augen gegenüberstand und die Wahrheit sagte — soweit sie es durfte! Wir haben deshalb nicht nötig, in solch ein schredliches Wehklagen auszubringen, wie es die „Badische Presse“ in ihrem Leitartikel am Montag tut. Es mußte ja einmal so kommen, wie es nun gekommen ist. Wenn die „Badische Presse“ noch etwas Selbstverantwortungsgefühl hat und wenn sie wissen will, wie das nun alles so entstanden und gekommen ist, dann möge sie nur einmal ihre letzten 4 Jahrgänge durchblättern und nachlesen, was sie in den 4 Jahren alles geschrieben und dem Volke vorgelesen. Vielleicht dämmert es ihr dann doch auch ein bißchen, warum es so hat kommen müssen, und vielleicht schlägt sie dann reuevoll an ihre Brust: Mea culpa, mea maxima culpa! Vielleicht versucht sie es dann auch einmal mit der Wahrheit und Offenheit. Auf alle Fälle wäre es unverantwortlich und frivol, dies bisherige Treiben fortzusetzen. Es ist eine Verurteilung am Volk, wenn man ihm, sei es aus einem krankhaften, immer noch nicht kurierten nationalen Ueberkimmel, oder aus Sorgen um den Geldsack oder aus Wut über den völligen Bankrott der bisherigen wahnwitzigen Gewaltpolitik, oder aus irgend welchen anderen Gründen, immer noch den Blick für die harte Wirklichkeit zu trüben versucht. Es muß damit Schluss gemacht werden. Sonst wird sich das Volk selber helfen.

Serichtszeitung.

Wegen übermäßiger Preissteigerung und Kettenhandels stand der Kaufmann Ferd. Holtermann vor der Freiburger Strafkammer. Er hatte etwa 2400 Liter Getreide mit einem großen Gewinn weiterverkauft. Innerhalb von drei Monaten wurde ihm ein Reingewinn von 9000 Mk. nachgerechnet. Er zahlte für den Branntwein zwischen 16 und 20 Mk. und verkaufte ihn zum Preise bis zu 20 Mk. für den Liter ins Rheinland weiter. Die Strafkammer verurteilte Holtermann zu 2500 Mk. Geldstrafe und Einziehung des übermäßigen Gewinns in Höhe von 6000 Mk.

Aus der Stadt.

• Karlsruhe, 16. Oktober.

Zur Milchpreisklage.

Zu unserem Artikel in Nr. 238 vom 11. Oktober unter obiger Überschrift schreibt uns der „Badische Molkereiverband Karlsruhe“: „Auf die Anregung des Reichsstelle für Speisefette Berlin, den Milchpreis infolge der erhöhten Preise und sonstigen gestiegenen Kosten um 30 Prozent zu erhöhen, haben bereits sämtliche Bundesstaaten mit gleichen oder ähnlichen Verhältnissen wie Baden teilweise bereits am 1. September die Milchpreise auf 40 Pfennig Stallpreis erhöht. Wir haben gerade in Rücksicht auf die südlichen Verbraucher lediglich eine Milchpreissteigerung auf 37, 38, 39 und 40 Pf. frei Sammelstelle in den Bahngemeinden beantragt. Durch die Ablehnung der Milchpreissteigerung durch die Konsumentenorganisation ist die Badische Landwirtschaft durch die vergrößerte Preisfestsetzung um mehrere 100 000 Mark bereits geschädigt. Jeder Arbeiter ist aber seines Lohnes wert. Sämtliche Konsumenten- und Städtevertreter haben bei den Besprechungen ausgegeben, daß der Landwirt die Milch billiger verkaufen muß, als sie ihm selbst zu stehen kommt. Tritt die den wirklichen Verhältnissen gerecht werdende Preissteigerung nicht ein, dann haben die Konsumenten die noch weiterhin verschlechterte Milch- und Fettversorgung sich selbst zuschreiben.“

Auch von Seiten der Regierung wurde anerkannt, daß gerade die genossenschaftlich organisierten Gemeinden bisher die Stütze unserer gesamten Milch- und Fettversorgung bildeten, und daß der Badische Molkereiverband bisher alles getan hat, um eine möglichst hohe Ablieferung von Milch und Butter zu erreichen. Wenn man den Landwirten aber zumutet, daß sie ihr Produkt zu einem Preise abliefern sollen, der wesentlich unter den Herstellungskosten ist, dann kann von uns nicht verlangt werden, daß wir gegen unsere Lieberzeugung unseren Einfluß auf die Ablieferung bei den Landwirten geltend machen. Die Folgen tragen lediglich die Städte und uns wurde bisher immer mitgeteilt, daß in der Stadt ein Liter Milch um 60 Pfg. teurer ist, als ein Milchpreis von 44 Pfg. ohne Milch.“

Der Badische Molkereiverband bittet uns, diese Ausführungen als Richtigstellung aufnehmen zu wollen. Im Interesse der Milch- und Fettversorgung für den kommenden Winter hält er es für unbedingt notwendig, daß die wirklichen Verhältnisse zur Kenntnis gebracht werden.

Rum! Die wirklichen Verhältnisse sind in der Karlsruher Bürgerausschussung vom letzten Montag eingehend erörtert worden. Man braucht dem weiter nichts auszuführen. Es scheint, daß die Landwirte weiter nichts als einen möglichst hohen Milchpreis in die Friedenswirtschaft hinüberretzen wollen. Sie wissen, wenn einmal der Preis oben ist, geht er nicht mehr herunter, auch wenn die Futtermittelpreise und Alles heruntergehen sollten. Der Arbeiter ist seines Lohnes wert. Wollen die Landwirte vielleicht behaupten, daß ihre Arbeit im Kriege nicht genügend bezahlt wurde?

Die fleischlosen Wochen. Um zu jüdwere Eingriffe in unseren Nahrungsmittelbestand zu vermeiden, die eine Gefahr für unsere künftige Fett- und Milch- aber auch für unsere Fleischversorgung bedeuten würden, müssen die fleischlosen Wochen für die Monate November, Dezember und Januar beibehalten werden, doch ist mit Rücksicht auf die Weihnachtsfeierstage ihre Zahl auf drei, das heißt, also je eine im Monat herabgesetzt worden. Sie entfallen auf die Wochen 18. bis 24. November, 16. bis 22. Dezember und 6. bis 12. Januar. Für rechtzeitige Fleischausgabe für die Weihnachtsfeierstage soll gesorgt werden. Die Zulagen für Kranke und Schwerarbeiter werden auch in den fleischlosen Wochen weiter gewährt.

Symphonie-Konzert des Hoftheaterorchesters. Man schreibt uns: Das Konzert A-Moll für Klavier mit Orchester op. 54 von Mod. Schumann, das im zweiten Teil des Symphonie-Konzertes am heutigen Mittwoch einleitete, ist eines der schillerndsten Werke des Meisters. Es stammt aus dem Jahre 1845, als Schumann von schwerer Erkrankung genesen, sich allmählich wieder zu neuer Arbeit und neuem Kampf aufraffte. Die den Schluß bildende 4. Symphonie E-Moll von Brahms zeigt seine Erfindungskraft für fortschrittliche Kunst und die Eigenart seiner Orchesterbehandlung in hellem Licht. Dem ganzen Programm ist ein von Bruno Stürmer geführter Hüter beigegeben.

Augenlichtspiele. Das Programm ab heute bis einschließlich Freitag bringt das große dramatische Filmdrama „Das Hochzeitslied“, ein Lebensbild in vier Akten, dessen Hauptrollen durch Clara Fetsch und Artidit Ost dargestellt werden. In dem ersten Film aus der Marineleutnant von Brünen-Seele. Der Schuldigen des Penala“ ist der bekannte Regens Enzer der Hauptdarsteller.

Reigen-Theater, Waldstraße, zeigt im Spielplan vom Mittwoch bis einschl. Freitag den zweiten Film der Larven-Serie 1918/19 unter dem Titel „Der Mann mit den sieben Masken“, die Geschichte eines Hochapfels, in 4 Akten bearbeitet nach dem Roman von Eric Wulffen, inszeniert und in der Hauptrolle dargestellt von Bigo Larsen. Paul Webers stellt seinen besten Humor als Fliegengeniehrich als Kammerier in dem gleichnamigen Lustspiel zur Verfügung. Man kann hier wieder einmal sagen, daß Sorge getragen wurde, dem Publikum nur mit ausserordentlichem Programm aufzuwarten.

Unfall. Am 12. ds. Mts. hat ein 63jähriger Ausländer dadurch einen Unfall erlitten, daß er in der Leidenwagenshalle beim alten Friedhof beim absteigen von einem Leidenwagen vom Trittbrett stürzte und sich eine Verwundung zuzog, die seine Aufnahme in das städt. Krankenhaus nötig machte.

Reichstagsersatzwahl in Berlin.

Berlin, 15. Okt. (WZB. Nicht amtlich.) In der Ersatzwahl für den verstorbenen Reichstagsabg. Dr. Johannes Koenig im Reichstagswahlkreis Berlin I wurden insgesamt 4764 Stimmen abgegeben. Davon erhielten der Geheimen Justizrat Kempner (F. Rp.) 2294, der Stadivordneter Hugo Heiman (Soz.) 1720, der Metallarbeiter Richard Müller (Unabh. Soz.) 513, der Beamte Gellert (Antisemit) 178 und der Pole Korfanty 4 Stimmen; 8 Stimmen waren zerstückelt, 47 ungültig. Es ist also Ersatzwahl zwischen Kempner und Heiman notwendig. Die Ersatzwahl ist auf den 29. Oktober festgesetzt.

Bei der allgemeinen Wahl 1912 erhielt der Fortschrittler 4667 und der Sozialdemokrat 4408 Stimmen. Das Stimmenverhältnis hat sich also, wenn man die sozialistischen Stimmen beider

Richtungen zusammenrechnet, für die Fortschrittler verschlechtert. Nützlich haben die Unabhängigen abgemittelt. 518 Stimmen stehen mit ihrem großspürigen Auftreten in einem mißlichen Verhältnis. Der erste Berliner Wahlkreis war in der Reichshauptstadt immer der heißumkämpfte Wahlkreis. Es ist der Bezirk, wo die reichen Leute wohnen. Infolgedessen war es auch der einzige von den 6 Berliner Kreisen, der eine sozialdemokratische Vertretung bis jetzt abwehren konnte, allerdings mit geringer Majorität. Wenn jetzt im Kriege das Verhältnis sich zu ungunsten der Fortschrittler gestaltet hat, läßt das die Hoffnung zu, daß auch dieser Kreis bald uns gehört, wenn unsere Leute wieder zurück sind. Neugierig darf man sein, wie sich das Fährlein der Unabhängigen bei der Stadtwahl verhalten wird.

Die Lage in Polen.

WZB. Warschau, 14. Okt. Die von den linken Parteien für heute proklamierte eintägige Arbeitsruhe ist eingetreten. Ganz Warschau feiert. Die Zeitungen sind nicht erschienen. Geschäfte und Schulen sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ruht. In der Stadt, die hier und da polnischen Flaggenschmuck trägt, herrscht festliches Getriebe. Um das Hervortreten der Parteien der Linken zu paralisieren, forderten mehrere Parteien der Rechten, darunter die Nationaldemokraten und die christlichen Demokraten durch Aufrufe dazu auf, den 14. Oktober als Nationalfeiertag zu begeben. Flugblätter der radikalen Partei stellen die bekannten weitgehenden Forderungen auf, wie sie in den Parteiprogrammen der letzten Tage bereits zum Ausdruck gekommen sind.

WZB. Wien, 15. Okt. Meldung des Wiener f. u. i. Tel. Corr.-Büros. Amtlich wird verlautbart: Die österreichisch-ungarische Monarchie ist bereit, die Militärverwaltung in Polen aufzulösen und die Verwaltung der polnischen Regierung zu übergeben, sobald diese zur Übernahme bereit ist. Die österreichisch-ungarische Monarchie will alles tun, um der polnischen Regierung den Wiederaufbau der staatlichen Organisation zu erleichtern, und den Polen die zum jetzigen noch fehlenden Mittel und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen. Dagegen erwartet die österreichisch-ungarische Monarchie, daß das Land einen Teil seiner Ueberschüsse ihr als entsprechende Gegenleistung zur Verfügung stelle. Die gegenwärtigen militärischen Aufstellungen werden eingestellt und die staatliche Verwaltung den zu schaffenden polnischen Organisationen übergeben werden.

Kleine Kriegsnachrichten.

WZB. Konstanz, 15. Okt. (Nicht amtlich.) Am Donnerstag Morgen 8.58 Uhr trifft ein großer Transport deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich hier ein. Dieser werden am 19., 24., 26. und 31. Oktober, am 2., 7. und 9. November zur selben Zeit gegen 750 unverwundete deutsche Kriegsgefangene aus Frankreich hier ankommen, am 18. Oktober voraussichtlich 450 Uhr kommen 30 internierte Offiziere und 200 internierte Mannschaften aus der Schweiz.

WZB. Singen a. S., 15. Okt. (Nicht amtlich.) Gestern Montag trafen um 8.22 Uhr im Sonderzuge aus der Schweiz kommend 177 Rückwanderer — eigentlich sollten 500 kommen — hier ein, die in der üblichen Weise festlich begrüßt wurden.

WZB. Wien, 15. Okt. (Nicht amtlich.) Die Wähler werden: Gestern fand eine Massenversammlung der Juden Wiens mit der Tagesordnung statt: Das jüdische Volk und der Frieden! Es wurde eine Entschiedenheit gefaßt, in der das jüdische Volk in Anerkennung als gleichberechtigte Nation in der Gemeinschaft der Völker Anerkennung seiner Vertretung beim allgemeinen Friedenskonferenz, eine nationale Gemeinschaft in Palästina und nationale Rechte in allen Ländern, wo Juden leben, fordert. Die jüdische Nation in Oesterreich verlangt Beteiligung beim Aufbau des Staates.

Briefkasten der Redaktion.

Fräulein B. M. im Felde. Ihre Frau soll mal bei uns vorbeisprechen. Im Briefkasten läßt sich die Sache nicht behandeln. Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Sabel; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

COLOSSEUM

Waldstraße 16/18. Telephon 1938.
Orchesterleitung: Max Richt. Direktion: Gust. Kiefer. Bühnenleitung: Artur Götz.

Das Weltstadt-Programm
ab heute Mittwoch den 16. bis 31. Oktober 1918
täglich abends pünktlich 8 Uhr.
Sonntags 2 Vorstellungen, 4 und 8 Uhr.

ERNST SCHARFF
der geniale Musiker, spielt 21 Instrumente.

KETHI POHL
die bedeutendste Fangkünstlerin der Gegenwart.

BRUNO RÜGEN
die originelle sächsische Typo.

Rosol Stademann
Jodlerin.

Geschw. Kaufmann
Biedermeier Musikal.-Akt.

3 Schwestern Giebert
jugendliche Gleichgewichtskünstlerinnen.

Ambre und Walz
der rätselhafte Bildkünstler.

Eisenbeck's
plastische Reproduktionen von Marmor-Skulpturen.

ROBERTS
weltberühmtes Marionettentheater.

Grossherz. Hoftheater.

Mittwoch, den 16. Oktober 1918. 5239

1. Sinfonie-Konzert der Grossh. Hofkapelle.

Anfang: 7 1/2 Uhr. Ende: gegen 10 Uhr.

Städtisches Konzerthaus.

Mittwoch, den 16. Oktober 1918.

17. Sondervorstellung des Großh. Hoftheaters Karlsruhe. 5240

Die Fledermaus.

Operette in 3 Akten. Musik von Johann Strauss. Anfang: 7 1/2 Uhr. Ende: 11 Uhr.

Bekanntmachung.

Bei der heute durch den Bürgerausschuss borgenommenen Wahl eines Erbschaftsverwalters für den verstorbenen Stadtrat Ludwig Kappeler wurde

Architekt Karl Frier

mit Amtsdauer bis zu den regelmäßigen Erneuerungswahlen zum Stadtrat gewählt.

Die Wahlakten liegen vom 16. ds. Mts. an während 8 Tagen im Rathaus, 2. Stock, Zimmer Nr. 58, zu Jedermanns Einsicht auf.

Etwasige Einsprüche oder Beschwerden gegen die Wahl müssen innerhalb dieser Frist beim Bürgermeisteramt oder dem Großh. Bezirksamt schriftlich oder mündlich zu Protokoll mit jeztiger Bezeichnung der Beweismittel angebracht werden. Karlsruhe, den 14. Oktober 1918. 5228

Das Bürgermeisteramt.

Eier.

In der laufenden Woche kommen in sämtlichen Eierverkaufsstellen Auslands Eier zum Preis von 60 Pfg. das Stück gegen die Eiermarke Nr. 96 zur Verbeihung. Der Verkauf beginnt Donnerstag, den 17. Oktober 1918.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1918. 5229

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weißkraut.

Mit Weißkraut wurden beliefert die Händler: August Filler, Winterstr. 40, Schwaninger, Winterstr. 23, Josef Altpfein, Luisenstr. 12, Karl Krausmaier, Augustenstr. 38, Karl Schöhl, Hermannstr. 14.

Karlsruhe, den 15. Oktober 1918. 5230

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Pelzwaren

Colliers, Kragen, Muffen. Moderne Formen. Solide Verarbeitung.

Grosse Auswahl in Alaska-Fuchs sowie allen andern

Pelz-Arten.

Zirkel 32, 1 Treppe

W. Lehmann

im Hause der Fahrradhandlung. 5099

Zur Reinhaltung und Heizung von Büros werden kräftige

Frauen

gesucht, zu sofortigem Eintritt.

Städt. Arbeitsamt

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Jähringerstraße 100, 2. Stock.

Tüchtige Einrichter Dreher u. Schlosser

zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche, des Militär-Verhältnisses und des frühesten Eintritts-Termins an

Metall-Industrie G. m. b. H. in Dühl (Baden). 5199

Sitzungssaal des Ständehauses Ritterstr. 22.

Samstag, den 19. Oktober, nachmittags 4 Uhr

Dr. Hölscher

Leiter der Ersatzstoff-Abteilung der Reichsbekleidungsstelle

Vorträge

Textilstoffe

Verbesserungen in der Papiergarnindustrie.

Notwendigkeit der Versorgung mit Papiergarnzeugnissen.

Verwendungsmöglichkeiten, Vorführungen von Stoffen u. Lichtbildern, Ausstellung von Bedarfsgegenständen aus Papiergarn. 5291

Die Vorträge sind veranstaltet auf Anregung der Reichsbekleidungsstelle in Berlin durch das Deutsche Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe.

Eintritt frei! Karten für reservierte Plätze in der Hofmusikalienhandlung Fr. DOERT, Karlsruhe, Kaiserstrasse 159. Eintritt frei!

Gassthaus Goldener Hirsch,

Karlsruhe, Kaiserstrasse 129.

Die erfolgte

Wiedereröffnung

zeigen an und ersuchen um geneigten Zuspruch

Josef Immler und Frau.

Einige Vorarbeiter

und eine größere Anzahl kräftige junge

Mädchen und Burschen

zum sofortigen Eintritt für unsere Marmeladefabrik gesucht.

Gesellschaft Sinner,

Karlsruhe-Grünwinkel. 5294

Sofort gesucht mehrere selbständige

Elektro-Monteur

für Installationen bei dauernder Beschäftigung. Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe d. Militärverh. an 5233

Flugzeugbau Friedrichshafen a. B.

Tüchtige

Ankerwickler(innen)

in unseren Betrieb gesucht. Umgehende Angebote mit Angabe der Lohnansprüche und des Militärverhältnisses an Ingenieur Gustav Sabel, München, Nymphenburgerstraße 37.

Gesucht

energischer Aufseher

sowie eine größere Anzahl

Hilfsarbeiter

für unsere Nahrungsmittelfabrik.

Gesellschaft Sinner

Grünwinkel. 5195

Tüchtiger Obermonteur

für Freileitungsbau

sowie tüchtige selbständige

Elektromonteur für Hausinstallationen und

Hilfsmonteur

stellen sofort ein

Brandenburgische Bau- und Betriebsgesellschaft für elektrische Unternehmungen u. b. H. Berlin W 50, Rantestraße 29. 5207 Z

Nächste Badische

Krieger-Geldlotterie.

Ziehung 25. Oktober

Mögl. Höchstgewinn

20 000 Mk.

und 3263 Geldgewinne

17 000 Mk.

zus. 3264 Geldgewinne

37 000 Mk.

Losse zu 1 Mk., Porto und Liste 35 Pfg. empfiehlt Lotterie-Untern.

J. Stürmer

Sträßburg 1. E., Langstraße 107.

Filiale Kohl a. Rh., Hauptstr.

Franz Pecher

Karlsruhe, Zirkel 30, Gewerbebank,

Carl Götz, Hebelstr. 11/15.

u. alle Losverkaufsstellen.

Achtung!

5047 mit Rollen und

Wägelwagen werden durch Selbst-

beihilfe und geliebten Leuten

gut und billig ausgeführt.

Näheres Adam Werle,

Göthestr. 21, 4. St.

Galerie Moos

Karlsruhe i. Baden.

Kaiserstrasse 187 I.

Oktober 1918

Sonder-Ausstellung

von

Gustav Wolf

Geöffnet: 5090

Werktags: 10-6 Uhr

Sonntags: 11-1 u. 2-4 Uhr.

Jüngere

Arbeiterinnen

für sofort gesucht. 5219

Nahrungsmittelamt der

Stadt Karlsruhe.

Kriegsstrasse 116.

Taschenuhren

auch reparaturbedürftig, kaufte

Levy, An- u. Verkaufsgeschäft

Markgrafenstraße 22.

Buchdeckernsammlung.

Wer Buchdeckern gesammelt hat, kann diese zum Preise von

1.85 Mk. für das Kilogramm beim Städt. Gartenamt, Ettlinger-

straße 6, der Sammelstelle für den Stadtbezirk, abliefern. Jeder

Ablieferer hat Anspruch entweder darauf, Buchdeckern bis zur Höhe

der abgelieferten Menge auf Grund eines Schlagcheines

selbst schlagen zu lassen oder eine bestimmte Menge Gelb zu

verlangen. Schlagcheine und Gelbzugscheine werden

vom Gartenamt bei der Ablieferung ausgestellt.

Karlsruhe, den 12. Oktober 1918. 5193

Städt. Gartenamt.

Wir suchen für das Städt. Bahnamt

eine Anzahl kräftige Frauen und Mädchen

(nicht unter 21 Jahren) als

Schaffnerinnen u. Führerinnen

Städt. Arbeitsamt 5211

Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe

Jähringerstr. 100, 2. Stock.



Residenz-Theater
Waldstr.
Mittwoch,
Donnerstag
und Freitag.

Viggo Larsen

in dem vieraktigen Schauspiel

Der Mann mit den sieben Masken.

Fliegentüten-Heinrich als Rentier.
Lustspiel mit 5295
Paul Beckers.

Gute Leipziger Pelze

jeder Art. Nur moderne Sachen. Hauptmode: Fuchsbrown Alasca-Fuchs. Wirklich: große Auswahl, mäßige Preise. Keine teure Ladenmiete. Nur 5169
Karl Friedrichstr. 6
1 Treppe. K. Schorpp.
Neben Fa. Spiegel & Weis. Nahe Schlossplatz.

Maurer Zimmerleute Bauhilfsarbeiter

werden eingestellt bei

Baugeschäft Jof. Helt

Karlsruhe, Eidenstr. 24.

Ordentliches, solides

Küchen- und Hausmädchen

gesucht. Eintritt sofort. 5228

Restaurant Künstlerhaus

Karlsruhe 44.

Inhaber: Jof. Krifsch.

Zu verkaufen: 2 gleiche

Peiten, rote Nüchganatur, zwei

schöne Kommoden mit Schub-

laden, schöne Kücheneinrichtung,

Schränke, alles sehr billig.

G. Fröhlich, Uhlandstr. 12, pt.

An- und Verkauf. 5282

Konsum-Verein für Durlach und Umgegend

e. G. m. b. H.

Bilanz vom 30. Juni 1918.

Vermögen.		Bilanz vom 30. Juni 1918.		Verbindlichkeiten.	
An Betriebswerte:					
Warenbestand	M 90 384,95				
Inventar	M 8000				
Abreibung	" 1000 " 2 000,—	M 92 384,95			
An angelegte Werte:					
Bankeinlagen	M 10 636,75				
Beteiligung G. G.	" 7 067,95				
Beteiligung Verlagsgesellschaft	" 624,27	M 18 328,97			
An verfügbare Werte:					
Kasse	M 4 042,82				
Girokonto G. G.	" 5 406,75				
Volksbank Durlach	" 2 787,—				
Wechselgeld	" 210,—	M 12 446,57			
An Liegenschaften:					
Haus	M 84 200				
Abreibung	" 600	M 83 600,—			
Grundstück	" 9 000,—	M 42 600,—			
		M 165 780,49			
Ver eigene Betriebsmittel:					
Reservefond	M 25 393,26				
Dispositionsfond I	" 7 700,—				
II	" 253,63				
Gausfond	" 4 000,—				
Ratalfonds	" 2 000,—				
Bildungsfond	" 550,—				
Geschäftsanteile der Mitglieder	" 31 996,50	M 71 898,39			
Ver aufgenommene Mittel:					
Spareinlagen	M 14 836,44				
Sparmarken	" 12,84	M 14 849,28			
Ver Hypotheken					
		M 81 000,—			
Ver Verbindlichkeiten:					
Warenschulden	M 20 578,79				
Kautionen	" 1 500,—				
Guthaben ausgeschiedener Genossen	" 1 109,—				
Rückvergütung	" 2 459,29				
Noch zu zahlende Unkosten	" 2 480,—				
		M 28 002,08			
		M 20 015,74			
		M 165 780,49			

Rosten. Ueberschuss- und Verlustrechnung vom 30. Juni 1918.

Rosten.		Ueberschuss- und Verlustrechnung vom 30. Juni 1918.		Ertrag.	
An Unkosten	M 84 577,95				
An noch zu zahlende Unkosten	" 2 460,—	M 87 307,85			
An Inventar, Abreibung	" 1 000,—				
An Liegenschaften	" 600,—				
An Zinsen	" 1 778,63	M 3 378,63			
An Ertrüfung	" 20 015,74				
		M 60 482,22			
Per Discont					
		M 1 184,22			
Per Warenhertrag					
		M 59 248,—			
		M 60 482,22			

Mitglieder-Bewegung.

Mitgliederstand am 30. Juni 1917 1600
 Eingetreten im Laufe des Jahres 34
 Zusammen 1634
 Ausgeschieden sind: durch Wegzug und freiwillig 29
 Tod 8
 Ausschluß nach § 6 der Statuten 96 128
 Mitgliederstand am 30. Juni 1918 1506

Geschäfts-Anteile.

Das Geschäftsausgaben der Mitglieder betrug:
 am 30. Juni 1917 M 29 089,—
 am 30. Juni 1918 " 31 996,50
 somit ein Mehr von M 2 907,50

Gattsumme.

Die Gattsumme der Mitglieder betrug:
 am 30. Juni 1917 M 48 000,—
 am 30. Juni 1918 " 45 180,—
 hat sich vermindert um M 2 820,—

Der Vorstand:

Ob. Rönig. J. Hirschauer. **Chr. Schuler.**

Vorstehende Bilanz, sowie die Ueberschuss- und Verlustrechnung haben wie geprüft und mit den Bücheru und Belegen in Uebereinstimmung gefunden.

Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats:

L. Deber. **Chr. Dahn.** **Chr. Frohmüller.**

5230

Gebrüder Scharff

Kartoffelversorgung

Im Interesse einer geordneteren Versorgung unserer Kunden mit **Kartoffeln** haben wir unsere bisherige **Kartoffelniederlage** Karlstrasse 25 nach **Amalienstrasse 51 (Ecke Hirschstrasse)** verlegt. Auch in dieser Verkaufsstelle werden in der Hauptsache **Kartoffeln** zum Verkauf kommen.

In folgenden Niederlagen werden ebenfalls regelmässig Kartoffeln verabfolgt:

Amalienstrasse 27 **Rudolfstrasse 21**
Kriegstrasse 105 **Rheinstrasse 34 a**

Anmeldungen zur Kundenliste für Kartoffeln nehmen unsere Filialleiter entgegen. 5220

Neu eröffnet

inmitten der Stadt.

Nebenstelle zum Ankauf von Altpapier

jeder Art.

(Für Einstampfen wird garantiert.)

Alle Sorten Flaschen ebenso **Bruchglas, Fenster-Schnittscherben**, halbeis und weiss, alles zu höchsten Preisen.

Die Ware wird auf Wunsch abgeholt.

S. Nachmann Karlsruhe

Hauptgeschäft:
Mühlburg, Sedanstrasse 15. 5203
 Filiale: **Durlach, Pfinzstrasse 28.**
Nebenstelle:
Zirkel 25a, Ecke Ritterstrasse. Tel. 2509.

Gesangs-Unterricht.

Unterzeichnete nimmt Anmeldungen für ihren demnächst in Karlsruhe zu eröffnenden **Gesangs-Kursus** entgegen. Näheres Karlstrasse 32, III.
Frau Hofopernsängerin Olga Kallensee
 Darmstadt, Inselstrasse 42. 5167

Besucht eine größere Anzahl 5226

Hilfsarbeiter

für unsere Nahrungsmittelfabrik.

Gesellschaft Sinner
Grüntwintel.

Gesucht: Zimmerleute, Zementeur, Maurer, Hilfsarbeiter. 5128
Ch. & O. Hessig, Betondan
 Hirschstrasse 40.

Palast-Theater

Karlsruhe Tel. 2502 Herrenspl. 11
 Kasseöffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr.

Gerd Nissen
 in ihrem ersten Film der Serie 18/19
Die Rachegeföftin
 Drama in 4 Akten.

Ernst Lubitsch
 in 5235
Der Fall Kofentopf
 Lustspiel in 3 Akten.

Die neuesten Kriegsberichte.

Letzte Vorstellung abends von 9-11 Uhr.

LUXUM Lichtspiele

Kaiserstrasse 168. Telefon 3985.

Das Hochzeitslied
 Dramatisches Lebensbild in 4 Akten.
 In den Hauptrollen:
Klara Peterdy und Aristid Olt.

Marineleutnant v. Brinken
 1. Film 5237
Der Schuldschein des Pendola.
 Schauspiel in 4 Akten.
 Hauptdarsteller: **Mogens Enger.**

An'ang tägl. 8 Uhr. Letzte Vorstellung 9-11 Uhr.

Gesucht

50 fleißige junge Mädchen

zum sofortigen Eintritt für unsere Nahrungsmittel-Fabrik. Arbeitsbuch u. Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner
Grüntwintel. 4920

Tüchtige Stenotypistinnen

zu sofortigem oder späterem Eintritt gesucht.

Städt. Arbeitsamt
 Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
 3ähringerstrasse 160.

No...

Die ne...

Rate dom...

ingen zu...

Verbindlic...

willigen w...

Die ne...

late und l...

tung ihrer...

füllhandes...

schandeln,

Kommission

Die Verhan...

stitionen,

eine Katio...

tarische Ue...

Wifon

entwillhand...

l. Boot

igen Trupp

Das Ziel d...

Eintritt der...

schiff aufhö...

Gebiet in a...

iderten W...

entwillhand...

Schließl...

enen bestin...

lam, den er...

11. Juli so...

Meist, die

Wienböck

hese Nacht

fieme ihre

Da die

Wfons als

betreiben, da

jetzt besonde...

vollständig

ihen Partei

rend des R...

sch jetzt im

Hitleres er...

eigenen jog...

hätte, statt

Arzene ge...

persönlichen

ohne unmit...

ese die neu...

die engere P...

des Arifese...

fragen, das

ohne die R...

Die Pe...

Kaufman, d...

Kalkwertre...

gare unter

amelöplcher

ben wir den

Wifon und

Schlimm für

sozialdemokr...

gen ist. Au...

Einfa...

WFF

Wffentlich die

von Gottes

wardnen au...

4. Dezember

Reiches was

über den Kr...

1332) wird

Der Oberm...

Kraft für die

folgender 8

seine Anordn...

ben Reichsta...

handlich unter

brachten Kaiser

tober 1918. W...

Der Reich...

stangler und

ber bestimmt

innen auf Gr...

Landeszentral

üben dürfen.

betrieblabern